Chronik

Jahrestagung des J. G. Herder-Forschungsrats 1987

Die vom 1.—3. April 1987 in Marburg durchgeführte Wissenschaftliche Jahrestagung des J. G. Herder-Forschungsrats behandelte in gewisser Fortsetzung der Tagung des Jahres 1986 „Probleme der nationalen Minderheiten in Ostmitteleuropa zwischen den beiden Weltkriegen“. Nach der Eröffnung durch den Vizepräsidenten des J. G. Herder-Forschungsrats, Prof. Dr. Hans L e m b e r g (Marburg), sprach dessen Präsident, Prof. Dr. Gotthold R h o d e (Mainz), in seinem einleitenden Grundsatzreferat über „Lage und Politik der nationalen Minderheiten in Ostmitteleuropa als Forschungsproblem“ und setzte darin den anschließenden Vorträgen, die Einzelaspekte des Tagungsthemas beleuchteten, gleichsam den Rahmen. Dabei betonte er, daß die Behandlung des von ihm in großen Linien umrissenen Gegenstandes jede Regionalisierung, erst recht eine Beschränkung auf die Rolle des Deutschlands in Ostmitteleuropa von selbst verbiete. Vielmehr gelte es, den gesamten Raum in der ganzen Vielfalt seiner Wechselbeziehungen in verfassungsgeschichtlicher, wirtschaftlicher, sozialer, konfessioneller und kultureller Hinsicht in den Blick zu bekommen. Dies sei schon angesichts der in letzter Zeit bei unseren östlichen Nachbarn in Wissenschaft und Publizistik einsetzenden Diskussion über dieses nach wie vor heikle Thema unerlässlich, und ebenso, weil in manchen Bereichen (z. B. denjenigen von Wirtschaft und Kultur) bedenkliche Forschungslücken klafften, die eine detaillierte Aufarbeitung der vorliegenden Problematik auch von deutscher Seite dringend erforderten.

Am folgenden Vormittag wurden zunächst hinsichtlich der nationalen Minderheiten im Ostmitteleuropa der Zwischenkriegszeit deren „Rechtliche Stellung und Mitwirkung in Parlament, Regierung und Verwaltung“ analysiert. Dietrich A. L o e b e r (Hamburg) beschrieb „Entstehung und Wirkung der Minderheitenschutzverträge“, die zwar nicht in der Völkerbundssatzung, sondern in einzelnen Friedensverträgen, einseitigen Willenserklärungen und Schutzbestimmungen außerhalb des Versailler Systems verankert, aber immerhin vom Völkerbund garantiert wurden, wenngleich dieser keine Sanktionen verhängen konnte und sich in der Regel auf eine Vermittlerrolle beschränken mußte. Anschließend sprach Alexander U s c h a k o w (Köln) über „Verfassung und Minderheitenrecht“, indem er nachdrücklich auf die beinahe unvermeidlichen Konflikte zwischen den jeweiligen Regierungen und ihren Minderheiten aufmerksam machte, die sich aus deren „doppelter Loyalität“ gegenüber dem Staatsvolk und den Landsleuten jenseits der Grenzen zwangsläufig ergeben mußten. Aus diesem Grunde haben sich „Staatsprinzip“ und „Volksprinzip“ denn auch bis zum Ende der Zwischenkriegszeit nirgends völlig zur Deckung bringen lassen. Der den ersten Themenkomplex abschließende Beitrag von Michael G a r l e f f (Raisdorf bei Kiel) „Nationale Minderheiten in Parlament, Regierung und Verwaltung“ konzentrierte sich im wesentlichen auf die Entwicklung in den baltischen Staaten, von denen Estland auf Grund seines Kulturautonomiegesetzes von 1924 in gewissem Kontrast zu Lettland und Litauen zu Recht als im Minderheitenschutz führend zu gelten hatte.

Der Nachmittag war „Wirtschaftlichen und sozialen Problemen“ der nationalen Minderheiten gewidmet. Zunächst stellte Wilfried S c h l a u (Friedrichsdorf/Taunus) mit seinem Referat „Die Agrarreform und ihre Auswirkungen“ ein zentrales Thema der gesamten Problematik in vergleichender Betrachtung zur Diskussion. Eine Enteignung des Großgrundbesitzes wurde in allen Ländern Ostmitteleuropas ins Auge gefaßt, blieb jedoch z. B. in Polen nach mehreren Anläufen im wesentlichen auf das ehemals preußische Teilgebiet beschränkt, während sie vor allem in Estland und Lettland mit äußerster Konsequenz durchgeführt wurde. Anschließend sprach

Georg W. S t r o b e l (Darmstadt) über „Minderheiten, proletarischer Internationalismus und sozialistische Parteien“ und plädierte bei dieser Gelegenheit eindringlich für eine interdisziplinäre Zusammenarbeit zwischen Soziologie, Ökonomie, Politologie und Geschichtswissenschaft bei der Behandlung dieses Themas. Zwar spielten in der Zwischenkriegszeit radikale Sozialisten und Kommunisten mit Ausnahme derjenigen in der Tschechoslowakei im Parteienspektrum Ostmitteleuropas nur eine marginale Rolle und beschränkten sich in der Regel auf ethnische und soziale Randgruppen, doch erwies sich die Sowjetunion bei der Operationalisierung der nationalen Minderheiten zugunsten eigener politischer Ziele auf Grund der von ihr propagierten Idee der Weltrevolution als der Weimarer Republik und dem Dritten Reich deutlich überlegen. Auf erhebliche Forschungsdefizite wies Karl v o n D e l h a e s (Marburg) in seinem Beitrag „Nationale Minderheiten und wirtschaftliche Macht“ hin, die erschöpfende Antworten auf die Frage nach deren Funktion im Wirtschaftsleben der damaligen ostmitteleuropäischen Staaten derzeit noch nicht zulassen. Soweit erkennbar stellten jedoch vor allem Juden und Deutsche vornehmlich auf der Ebene des mittleren und kleineren Unternehmertums, aber auch in Teilen der Schwerindustrie — besonders in Ost-Oberschlesien — einen gewichtigen Faktor dar.

In einem letzten Themenkomplex ging es schließlich um „Kirchen, Schulen und kulturelles Leben“. Dabei beschränkte sich Heinrich W i t t r a m (Stade) in seinen Ausführungen über „Die Kirchen und die nationalen Minderheiten — konfessionelle Einheit und nationale Trennung“ im wesentlichen auf eine Schilderung der kirchenpolitischen Entwicklung in Estland und Lettland, die nach 1919 zu einer fortschreitenden Spaltung der Gemeinden und zahlreichen Enteignungen ehemals deutscher Gotteshäuser und Pastorate durch die staatlichen Kirchenbehörden führte. Nichtsdestoweniger machten sich im Laufe der dreißiger Jahre auch auf kirchlichem Gebiet deutliche Anzeichen einer allmählichen Entkrampfung bemerkbar. Anschließend behandelte Rex R e x h ä u s e r (Lüneburg) „Das Schulwesen der nationalen Minderheiten“, das deren Kenntnisse, Normen und Verhaltensweisen seit dem 19. Jahrhundert entscheidend prägte und sich nach dem Ersten Weltkrieg eben deswegen von seiten der Staaten dieses Raumes zahlreichen Repressionen in Form einer restriktiven Schulgesetzgebung bis hin zu seiner weitgehenden Vernichtung — wie in Mittelpolen — ausgesetzt sah, wobei die jeweiligen Regierungen umgekehrt ihre eigene Schulpolitik nicht selten als ein Mittel zur Destabilisierung ihrer Minderheiten einsetzten. In seinem abschließenden Beitrag stellte Hans L e m b e r g (Marburg) die Frage: „Minderheiten und kulturelles Leben. Gegenseitige Befruchtung oder Abkapselung?“ und beantwortete sie dahingehend, daß in den Staaten Ostmitteleuropas die Aufspaltung des künstlerischen Schaffens in einzelne Nationalkulturen das eigentliche Charakteristikum jener Jahre gewesen sei. Am Beispiel Prags wurde detailliert dargelegt, daß sich die dort tätigen deutschen Schriftsteller und bildenden Künstler fast ausnahmslos an den Werken ihrer Kollegen in Wien oder im Reich orientierten, ohne sich um irgendwelche Kontakte zu tschechischen Literaten oder Malern zu bemühen. Die Tatsache, daß in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen sämtliche Spielarten von „Tschechoslowakismus“ oder „Jugoslawismus“ ein vollkommenes Fiasko erlitten, ist als ein sicheres Indiz dafür anzusehen, daß sich das hier vorliegende Integrationsproblem gerade auch auf kulturellem Gebiet als unlösbar erwies.

Allen Referaten schlossen sich lebhaftige Diskussionen an. Eine Veröffentlichung der Vorträge ist vorgesehen. Am Nachmittag des 3. April 1987 traten die anwesenden Ordentlichen Mitglieder des J. G. Herder-Forschungsrats zu ihrer Jahresmitgliederversammlung zusammen.

Marburg a. d. Lahn

Hans-Werner Rautenberg